

PRESSEERKLÄRUNG der Gesellschaft für bedrohte Völker

Brandenburgs Bildungsministerium streicht Armeniergenozid aus dem Geschichtsunterricht

Göttingen, 25. Januar 2005

"Statt von Brandenburgischen Landesregierung die Leugnung des Völkermordes an den Armeniern im Schulunterricht zu verlangen, muss der EU-Beitrittskandidat Türkei umgehend die eigenen Lehrpläne neu gestalten", forderte GfbV-Generalsekretär Tilman Zülch, nachdem das Bildungsministerium des Bundeslandes dem Druck aus der Türkei nachgegeben hat. "Dazu gehört die Information der Schüler über die blutigen Gründerjahre der Republik, die Vernichtung von 1-1,5 Mio. Armeniern, 500.000 aramäisch-sprachigen Assyro-Chaldäern, mehreren hunderttausend Kurden und mindestens einer halben Million griechisch orthodoxer Bürger des eigenen Landes. Ohne die eindeutige Anerkennung und Verurteilung dieser Genozide ist die Türkei in Europa nicht willkommen".

Die brandenburgische SPD und Landesregierung sollte dringend darüber nachdenken welche Art von Vergangenheits- und Gegenwartsbewältigung sie ihren Schülern vermitteln will. Offensichtlich gehört dazu, Mangel an Zivilcourage und Opportunismus.

Tilman Zülch steht für Nachfragen zur Verfügung
unter: 0151 15 30 98 88

=====
Gesellschaft fuer bedrohte Voelker e.V. (GfbV)
Inse Geismar, Pressereferentin
Postfach 2024, D-37010 Goettingen
Tel. +49/551/49906-25, Fax:+49/551/58028
E-Mail: presse@gfbv.de, Homepage:<http://www.gfbv.de>
=====